

Eine staatliche Prüfung des Krankenpflegepersonals

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Rote Kreuz : offizielles Organ des Schweizerischen Centralvereins vom Roten Kreuz, des Schweiz. Militärsanitätsvereins und des Samariterbundes**

Band (Jahr): **14 (1906)**

Heft 7

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-545530>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Es wurden Gruppen gebildet, bestehend aus 2 Damen und 3 Herren. Während die erstern den Verband besorgten, richteten letztere die zum Transport nötigen Tragbahnen her, worauf die Verunglückten zur nächst gelegenen Hütte transportiert und die Verbände von Herrn Dr. med. Wüthrich geprüft wurden. Dieser sprach sich über die Leistungen der Samariter sehr befriedigend aus. Damit kam die heutige Feldübung zum Abschluß und erfolgte der Abstieg unter Sang und Klang über Emetdecken nach Schwändi, wo sich die Teilnehmer im „Nößli“ bei einer Erfrischung gütlich taten. Dasselbst wurde noch eine Hauptversammlung abgehalten.

Das Samariterwesen findet auch hierzulande immer mehr Anhänger, indem sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die erste Hilfe immer sehr wichtig ist. Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß nur sachgemäße Hilfeleistung etwas nützen kann. Wie oft haben schon verkehrte Anordnungen bei Unglücksfällen die schwersten Folgen nach sich gezogen. Es ist daher der Samariter nicht berufen, den Arzt zu ersetzen, sondern stets des Wahlspruches eingedenk zu sein: „Vor allem nicht schaden“.

B. Hgg.

Eine staatliche Prüfung des Krankenpflegepersonals

wird seit einigen Jahren in Deutschland angestrebt, um zu verhüten, daß sich Persönlichkeiten zu dem so verantwortungsvollen Krankenpflegeberuf drängen, denen die nötigen Kenntnisse abgehen und die nicht selten auch diejenigen moralischen Eigenschaften vermiffen lassen, die für die Pflege Kranker unumgänglich sind. Diese Uebelstände sind nicht auf Deutschland beschränkt; auch in der Schweiz haben wir Ursache zur Klage darüber, daß die Ausübung des Krankenpflegeberufes an keinerlei Befähigungsnachweis gebunden ist, wie dies z. B. bei den Ärzten und Hebammen der Fall, und daß es deshalb für die Kranken oft unmöglich ist, sich über die berufliche Tüchtigkeit von Krankenpflegepersonen sicher zu informieren.

Ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht ist nun in Deutschland erfolgt, indem am 22. März 1906 der deutsche Bundesrat eingehende Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen aufgestellt und die Regierungen der deutschen Staaten ersucht hat, dieselben in ihrem Gebiet zur Durchführung zu bringen.

Wenn es wohl noch einige Zeit dauern wird, bis die für die Hebung der Berufsausbildung so wichtige staatliche Prüfung der Krankenpflegepersonen allgemein durchgeführt sein wird, so bietet doch das Vor-

gehen des deutschen Bundesrates auch für die schweizerischen Interessen so viel Beachtenswertes, daß wir die erlassenen deutschen Vorschriften im folgenden wörtlich zum Abdruck bringen; mögen sie weiten Kreisen Anregung bieten.

Sie lauten:

§ 1.

Prüfungen von Krankenpflegepersonen finden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen statt.

§ 2.

Die Prüfungen werden in einem Krankenhaus abgehalten. Die Prüfungskommission besteht aus drei Ärzten, unter denen sich ein beamteter Arzt und ein Lehrer einer Krankenpflegeschule befinden.

Die Mitglieder der Prüfungskommission sowie der aus ihrer Zahl zu bestimmende Vorsitzende werden durch die Landeszentralbehörde bestellt, die auch Sitz und Zusammensetzung der Kommission bekannt gibt.

§ 3.

Die Landeszentralbehörde bestimmt Zahl und Zeit der abzuhaltenden Prüfungen und gibt die getroffene Bestimmung bekannt.

§ 4.

Die Zulassungsgesuche sind dem Vorsitzenden derjenigen Prüfungskommission, bei welcher die Ablegung der Prüfung beabsichtigt ist, unter Beifügung der erforderlichen Nachweise (§ 5) einzureichen.

Bewerber, deren Zulassungsgesuche später als zwei Wochen vor dem Beginne der

Prüfung eingehen, haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung in der laufenden Prüfungsperiode.

§ 5.

Dem Zulassungsgesuche sind beizufügen: 1. der Nachweis der Vollendung des 21. Lebensjahres, 2. ein behördliches Leumundszugnis, 3. das Zeugnis über eine erfolgreich zum Abschluß gebrachte Volksschulbildung oder über eine gleichwertige Bildung, 4. ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf, 5. der Nachweis körperlicher und geistiger Tauglichkeit zum Krankenpflegeberuf; insbesondere ist eine Bescheinigung zu erbringen, daß der Bewerber nicht an Krankheiten oder Körperfehlern leidet, die ihn an der Ausübung des Krankenpflegeberufes hindern oder die zu pflegenden Personen schädigen könnten, 6. der Nachweis einjähriger erfolgreicher und einwandfreier Teilnahme an einem zusammenhängenden Lehrgang in einer staatlichen oder staatlich anerkannten Krankenpflegeschule.

Die Nachweise unter 5 und 6 werden geführt durch ein schriftliches Zeugnis desjenigen Arztes, welcher den Unterricht in der Krankenpflegeschule geleitet hat; es ist von dem Arzte unmittelbar dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zu übersenden, bei welcher die Ablegung der Prüfung erfolgen soll. Ist zwischen dem Austritte des Bewerbers aus der Krankenpflegeschule und seiner Meldung zur Prüfung mehr als ein halbes Jahr verflossen oder liegen die Voraussetzungen des § 6 vor, so ist der Nachweis unter Nr. 5 durch ein Zeugnis des für den Wohnort oder Aufenthaltort zuständigen beamteten Arztes zu erbringen. Der Vorsitzende der Prüfungskommission entscheidet über die Zulassung.

§ 6.

Personen, welche eine der im § 5, Nr. 6 bezeichneten Krankenpflegeschulen nicht besucht haben, können mit Genehmigung der zuständigen Landesbehörde ausnahmsweise zur Prüfung zugelassen werden, wenn sie den Nachweis einer nach dem Ermessen der Landeszentralbehörde mindestens gleichwertigen Ausbildung in der Krankenpflege beibringen.

Bei Sanitätsunteroffizieren, die noch nicht länger als ein Jahr aus dem aktiven Militär- oder Marinemedienst ausgeschieden sind, gilt in dieser Hinsicht als ausreichend ein Zeugnis des dem Bewerber vorgesetzten Sanitätsamts über eine einwandfreie, mindestens zweijährige

Dienstzeit im Sanitätskorps der Armee oder der Marine. Auf Sanitätsunteroffiziere außer-europäischer Truppenverbände des Deutschen Reichs findet diese Bestimmung entsprechende Anwendung.

§ 7.

Die Gebühren für die Prüfung ausschließlich der Kosten für die Verpflegung (§ 10, Abs. 2) betragen . . . Mark und sind vor Beginn der Prüfung zu entrichten. Wer von der Prüfung spätestens zwei Tage vor ihrem Beginne zurücktritt, erhält die bereits entrichteten Prüfungsgebühren zurückerstattet.

§ 8.

Die Ladung der Prüflinge wird vom Vorsitzenden der Prüfungskommission (§ 4) verfügt; sie soll spätestens zwei Wochen vor der Prüfung erfolgen; zugleich mit der Ladung wird dem Bewerber ein Abdruck der Prüfungsvorschriften mit der Aufforderung zugestellt, sich am Tage vor der Prüfung bei der Leitung des Krankenhauses (§ 2) zu melden, um die Pflege eines Kranken und eine Nachtwache zu übernehmen (§ 14).

§ 9.

Zu einem Prüfungstermine werden in der Regel nicht mehr als sechs Prüflinge zugelassen. Wer in dem Prüfungstermin ohne ausreichende Entschuldigung nicht rechtzeitig erscheint, kann bis zur Dauer von sechs Monaten von der Prüfung ausgeschlossen werden.

§ 10.

Der Vorsitzende gibt Tag und Stunde der Prüfung spätestens eine Woche vor ihrem Beginne der Krankenhausleitung bekannt, damit die nötigen Prüfungsräume und sachlichen Hilfsmittel bereit gehalten und die für die praktische Prüfung sich eignenden Krankheitsfälle ausgesucht werden. Der Prüfling tritt für die Dauer der Prüfung, welche sich auf drei, in der Regel aufeinanderfolgende Tage erstreckt, in die Verpflegung des Krankenhauses; die Gebühren hierfür sind an die Krankenhausverwaltung zu entrichten.

§ 11.

Die Prüfung ist eine mündliche und eine praktische; jene wird in der Regel am ersten und dritten, diese im wesentlichen am zweiten Tage abgehalten.

§ 12.

Der Vorsitzende leitet die Prüfung, bestellt bei Verhinderung eines Mitgliedes der Prüfungskommission einen Vertreter und verteilt die Prüfungsgegenstände (§ 13, a bis n) unter die Prüfenden. Die praktische Prüfung wird von einem Lehrer der Krankenpflegeschule in Gegenwart des Vorsitzenden abgehalten.

§ 13.

Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Gegenstände: a) Bau und Berrichtungen des menschlichen Körpers; b) allgemeine Lehre von den Erkrankungen und ihren Erscheinungen, besonders Fieber und Puls, Ansteckung, Wundkrankheiten, Mephis und Antiseptik; c) Einrichtungen in Krankenräumen: den Anforderungen der Gesundheitslehre entsprechende Herrichtung und Ausstattung des Krankenzimmers, Lüftung, Beleuchtung, Heizung, Wasserversorgung, Beseitigung der Abgänge; d) Krankenwartung, insbesondere Reinlichkeitspflege, Versorgung mit Wäsche, Lagerung und Umbetten der Kranken, Krankenbeförderung, Badpflege; e) Krankenernährung; Zubereitung und Darreichung der gewöhnlichen Krankenpeisen und Getränke; f) Krankenbeobachtung: Krankenbericht an den Arzt, Ausführung ärztlicher Verordnungen; g) Hülfeleistung bei der Krankenuntersuchung und -behandlung, namentlich bei der Wundbehandlung, Lagerung und Versorgung verletzter Glieder, Notverband, Hülfeleistung bei Operationen, sowie bei der Betäubung, Vorbereitung des Verbandmaterials und der Instrumente; h) Hülfeleistung bei plötzlich auftretenden Leiden und Beschwerden, bei gefährdenden Krankheitserscheinungen, bei Unglücksfällen (Blutstillung, künstliche Atmung) und Vergiftungen, Grenzen der Hülfeleistungen; i) Pflege bei ansteckender Krankheit: Verhütung der Uebertragung von Krankheitskeimen auf den Kranken, den Pfleger und andere Personen, Desinfektionslehre; k) Zeichen des eingetretenen Todes, Behandlung der Leiche; l) gesetzliche und sonstige Bestimmungen, soweit sie die Krankenpflegertätigkeit berühren; m) Verpflichtungen des Krankenpflegers in bezug auf allgemeines Verhalten, namentlich Benehmen gegenüber den Kranken und deren Angehörigen, sowie gegenüber den Ärzten, Geistlichen und Mitzüglern, Berücksichtigung des Seelenzustandes des Kranken, Verschwiegenheit; n) für weib-

liche Prüflinge außerdem: die wichtigsten Grundsätze der Säuglingspflege.

§ 14.

In der praktischen Prüfung sollen die Prüflinge sich befähigt erweisen, ihre Kenntnisse in der Krankenpflege praktisch zu betätigen. Zu diesem Zwecke wird jedem von ihnen bei der Meldung im Krankenhause (§ 8) die selbständige Pflege eines Kranken (einschließlich einer Nachtwache) bis zum Morgen des dritten Tages übertragen. Die Ausführung dieser Aufgabe erfolgt unter Aufsicht der für den Kranken verantwortlichen Pflegeperson; es ist darauf zu achten, daß den Prüflingen die zur Erholung erforderliche Zeit frei bleibt; insbesondere muß im Anschluß an die Nachtwache eine Erholungszeit von mindestens acht Stunden gewährt werden. Die wichtigeren Vorkommnisse während der Pflege hat der Prüfling kurz schriftlich zu vermerken; die Niederschrift ist am dritten Tage vorzulegen. Am zweiten Prüfungstage sollen die Prüflinge ihre Kenntnisse in der ersten Hülfeleistung und in der Hülfeleistung bei Operationen, bei der Betäubung, bei der Ausführung ärztlicher Verordnungen, in der Badpflege und Desinfektion praktisch dartun.

§ 15.

Die Gegenstände und das Ergebnis der Prüfung werden für jeden Geprüften in einer Niederschrift vermerkt, welche von dem Vorsitzenden und den übrigen Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterzeichnen ist.

§ 16.

Jeder Prüfende faßt sein Urteil über die Kenntnisse und Fertigkeiten des Geprüften zusammen unter ausschließlicher Verwendung der Prädikate „sehr gut“ (1), „gut“ (2), „genügend“ (3), „ungenügend“ (4) und „schlecht“ (5). Hat der Geprüfte von einem Prüfenden das Prädikat „schlecht“ oder von zwei Prüfenden das Prädikat „ungenügend“ erhalten, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Im übrigen hat der Vorsitzende am Schlusse der Prüfung die Prädikatswerte zusammenzurechnen und behufs Ermittlung der Gesamtzensur durch 3 zu teilen; ergeben sich Drittel, so werden ein Drittel nicht, zwei Drittel als voll gerechnet.

§ 17.

Tritt ein Prüfling ohne eine nach dem Urteile der Prüfungskommission genügende Entschuldigung im Laufe der Prüfung zurück, so hat er sie vollständig zu wiederholen. Die Wiederholung der nicht bestandenen oder ohne Entschuldigung nicht vollendeten Prüfung ist nicht öfter als zweimal und frühestens nach sechs Monaten, spätestens nach drei Jahren zulässig; sie muß bei derjenigen Prüfungskommission stattfinden, bei der die frühere Prüfung begonnen ist. Ausnahmen können von der zuständigen Landesbehörde aus besonderen Gründen gestattet werden.

§ 18.

Der Prüfling wird, falls er die Prüfung nicht bestanden hat, vom Vorsitzenden davon benachrichtigt und erhält auf seinen Antrag die eingereichten Zeugnisse zurück, nachdem auf dem Zeugnis über die Teilnahme an einem Krankenpflegekurse (§ 5, Nr. 6) ein Vermerk über den Ausfall der Prüfung gemacht worden ist. Wenn die Prüfung bestanden ist, reicht der Vorsitzende die Prüfungsverhandlungen unter Beifügung der Gesamtzensur an die von der Landesregierung bezeichnete Behörde behufs staatlicher Anerkennung der Krankenpflegeperson ein. Im Falle der Anerkennung wird ein Ausweis nach anliegendem Muster A erteilt.

§ 19.

Sanitätsunteroffizieren mit mehr als fünfjähriger aktiver Dienstzeit im Sanitätskorps des Heeres oder der Marine, welche ein Zeugnis des vorgesetzten Sanitätsamts über eine einwandfreie dienstliche und sittliche Führung, sowie über genügende theoretische und praktische Kenntnisse in der Krankenpflege beibringen, wird auf ihren Antrag von der zuständigen Landesbehörde ihres Wohnsitzes auch ohne Prüfung die staatliche Anerkennung als Krankenpfleger erteilt, sofern sie noch nicht länger als ein Jahr aus dem aktiven Militär- oder Marinedienst ausgeschieden sind. Für Sanitätsunteroffiziere außereuropäischer Truppenverbände des Deutschen Reichs findet diese Bestimmung entsprechende Anwendung.

§ 20.

Personen, welche schon vor dem Inkrafttreten dieser Prüfungsvorschriften an einem

Krankenpflegekurse von ausreichender Dauer teilgenommen haben und durch das Zeugnis des zuständigen beamteten Arztes oder Krankenhausarztes oder des Leiters einer vom Staate anerkannten geistlichen oder weltlichen Krankenpflegegenossenschaft nachweisen, daß sie mindestens fünf Jahre lang als Privatpfleger oder im Anstalts- oder Gemeindedienste Krankenpflege in befriedigender Weise ausgeübt haben, kann von der zuständigen Landesbehörde ihres Wohnsitzes die staatliche Anerkennung als Krankenpflegeperson ohne vorherige Prüfung erteilt werden, sofern spätestens bis zum Ablauf eines Jahres nach Erlaß der Prüfungsvorschriften ein bezüglicher Antrag gestellt worden ist und die gutachtlich gehörte Prüfungskommission sich dafür ausspricht; auf Befürwortung der Prüfungskommission kann, wenn besonders dringende Gründe vorliegen, ausnahmsweise auch der Nachweis des Besuchs eines Ausbildungskurses erlassen werden.

§ 21.

In den Fällen der §§ 19, 20 ist ein Ausweis nach Muster B (welches hier leider nicht beige druckt) zu erteilen.

§ 22.

Die in einem anderen Bundesstaat auf Grund gleicher Vorschriften erfolgte Anerkennung als Krankenpflegeperson gilt auch für das Staatsgebiet.

§ 23.

Die staatliche Anerkennung als Krankenpflegeperson kann von der zuständigen Behörde zurückgenommen werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche den Mangel derjenigen Eigenschaften dartun, die für die Ausübung des Krankenpflegeberufs erforderlich sind, oder wenn die Krankenpflegeperson den in Ausübung der staatlichen Aufsicht erlassenen Vorschriften beharrlich zuwiderhandelt. Einer in einem anderen Bundesstaat erfolgten Anerkennung kann unter denselben Voraussetzungen von der zuständigen Landesbehörde des Wohn- und Aufenthaltsorts die Wirksamkeit für das Staatsgebiet entzogen werden. Die Entziehung ist der Behörde, welche die Anerkennung erteilt hat, zur Kenntnis zu bringen.

Muster A.**Ausweis für staatlich anerkannte Krankenpflegepersonen.**

..... aus<sup>welcher
welche</sup>
vor der staatlichen Prüfungskommission in
..... die Prüfung für Kranken-
pflegepersonen mit der Gesamtzensur
bestanden hat und die zur Ausübung
des Krankenpflegeberufs erforderlichen Eigen-
schaften besitzt, erhält hiermit die Beschei-
nung, daß ^{er} _{sie} staatlich als ^{Krankenpfleger}
_{Krankenpflegerin} aner-
kannt ist.

Für den Fall, daß Tatsachen bekannt
werden, welche den Mangel derjenigen
Eigenschaften dartun, die zur Ausübung des
Krankenpflegeberufs erforderlich sind, oder daß
die Krankenpflegeperson den in Ausübung der
staatlichen Aufsicht erlassenen Vorschriften be-
harrlich zuwiderhandelt, bleibt die Zurücknahme
der Anerkennung vorbehalten.

....., den 190.....
(Dienststempel.) Unterschrift:

**Entwurf eines Planes für die Ausbildung
in der Krankenpflege.**

Die Ausbildung in der Krankenpflege soll
eine vorwiegend praktische sein und hat nach
folgendem Plane zu erfolgen:

1. Der Schüler soll über Bau und Ver-
richtungen des menschlichen Körpers so weit
unterrichtet werden, daß er ein für die Kranken-
pflege ausreichendes Verständnis für die im
gesunden und kranken Körper stattfindenden
Vorgänge gewinnt. Es ist Wert darauf zu
legen, daß der Schüler in der äußeren Be-
schreibung die nötige Gewandtheit erlangt, um
den Sitz einer Wunde, eines Schmerzes usw.
schnell und genau angeben zu können.

2. Die weitere Unterweisung erstreckt sich
auf die Grundsätze der allgemeinen Gesund-
heitslehre (Lüftung, Heizung usw.), auf die
Einrichtung und Ausstattung der Kranken-
zimmer, die täglichen Dienstleistungen des
Krankenpflegers, die spezielle Krankenpflege
bei einigen besonders wichtigen Krankheits-

zuständen und die Ausführung ärztlicher Ver-
ordnungen. Es sollen eingehende Vorfüh-
rungen und praktische Uebungen stattfinden;
dabei ist regelmäßig von der Uebung der
notwendigen Handgriffe und von der Be-
schreibung der einfachsten Formen der Geräte
und Apparate auszugehen.

3. Der Schüler soll zu möglichst scharfer
Krankenbeobachtung angeleitet und darüber
belehrt werden, durch welche Handreichungen
er nötigenfalls die von ihm beobachteten
Leiden und Beschwerden vorläufig lindern
kann. Er soll über die ihm bei solchen Hülfe-
leistungen gezogenen Grenzen, sowie darüber
eingehend unterrichtet werden, wann er die
(unter Umständen sogleich erforderliche) Hülfe
des Arztes herbeizuführen hat.

4. Ueber die Verhütung von Krankheiten,
insbesondere über die Verhinderung der Ver-
schleppung und Uebertragung der ansteckenden
Krankheiten, soll eine eingehende Belehrung
stattfinden. Der Schüler soll lernen, daß neben
der peinlichsten Reinlichkeit nur die sofortige,
sorgfältige Unschädlichmachung der Krankheits-
keime die Verbreitung der ansteckenden Krank-
heiten verhindern und ihn selbst vor Ansteckung
schützen kann. Auf die verschiedenen Arten der
Verbreitung der ansteckenden Krankheiten ist
einzugehen; die Desinfektion ist gründlich zu
behandeln und praktisch zu üben.

5. Die Hülfeleistungen bei der Wund-
behandlung sind eingehend zu lehren. Soweit
dies nicht schon gemäß Nr. 4 geschieht, soll
die Lehre von den Wundkrankheiten, sowie die
Asepsis und Antiseptik berücksichtigt werden.
Außerdem sind die Notverbände einschließlich
der Blutstillung und der Ruhigstellung ver-
letzter Teile zum Gegenstande der Unter-
weisung zu machen.

6. In den Hülfeleistungen bei plötzlich
auftretenden Leiden und Beschwerden, bei
gefahrrohenden Krankheitserscheinungen, bei
Unglücksfällen und bei Vergiftungen, sowie
in der Krankenbeförderung ist Unterricht zu
erteilen.